

(Appel [GRÜNE])

(A) Nehmen Sie sich ein Beispiel an den mutigen Positionen der SPD-Frauen in der AsF.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Zum Schluß: Hier wird so getan, als sei es ganz abwegig, sich auf Landesebene mit dem Beschluß des Europäischen Parlaments zu beschäftigen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ein kleiner Hinweis: In Sachsen-Anhalt haben Ihre Parteifreundinnen und Parteifreunde zusammen mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Koalitionsvertrag folgendes vereinbart - ich zitiere -:

Die Koalitionspartner werden sich im Land und im Bund für die Umsetzung der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen einsetzen.

In NRW dagegen stimmen Sie im Verein mit CDU und F.D.P. das gleiche Anliegen nieder. Bei Fragen der Bürgerrechte für Minderheiten ist man im Osten offensichtlich weiter als im Westen. Dem ist nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE] - Abgeordneter Lucas [SPD]: Ist doch nicht wahr!)

(B) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Innenminister Dr. Schnoor, bitte.

Innenminister Dr. Schnoor: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung wendet sich selbstverständlich gegen jegliche Diskriminierung, die auf sexuelle Identität zurückzuführen ist. Wir haben dieses auch in der gemeinsamen Verfassungskommission sehr deutlich gemacht. Nordrhein-Westfalen hat hier der Aufnahme eines Diskriminierungsverbots wegen der sexuellen Orientierung in das Grundgesetz ausdrücklich zugestimmt. Wir sind auch dafür eingetreten, andere Lebensgemeinschaften als die Ehe grundgesetzlich zu achten.

Wir haben uns mit beiden Anliegen nicht durchgesetzt. Nun bin ich sehr gespannt, Herr Appel, was denn Sachsen-Anhalt im Bundesrat vortragen wird. Wir werden uns das sehr sorgfältig ansehen.

(C) Nun muß ja nicht alles, was in Koalitionsvereinbarungen - zumal mit den GRÜNEN - verabredet ist, auch der Weisheit letzter Schluß sein, Herr Appel. Vielleicht hat es ja an den GRÜNEN gelegen und haben deswegen die Sozialdemokraten nicht so sehr darauf geachtet, daß in der Tat der Beschluß des Europäischen Parlaments wahrscheinlich nicht ohne Grund sich an die Kommission wendet, nun endlich mal einen Richtlinienentwurf vorzulegen. Ich meine, wenn ein Richtlinienentwurf vorliegt, läßt sich so etwas leichter umsetzen, als wenn es nur einen generellen Beschluß des Europäischen Parlaments gibt.

Aber lassen Sie uns darüber nicht weiter streiten. Wenn Sachsen-Anhalt einen entsprechenden Antrag im Bundesrat vorlegt - und dafür werden ja wahrscheinlich Ihre Freunde sorgen -, werden wir uns den sorgfältig ansehen. Sofern er die Möglichkeit bietet, hier in der Sache weiterzukommen - und es gibt in der Tat Defizite, wo wir weiterkommen müssen -, werden wir uns der Sache selbstverständlich gerne annehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich schließe hiermit die Beratung.

(D) Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 11/7903 empfohlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/7275 abzulehnen. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprochen worden und der Antrag der GRÜNEN Drucksache 11/7275 abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 11:

Gesetz zur Änderung der Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen (ÖbVermIng BO NW)

(Appel [GRÜNE])

(A)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7326

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innere Verwaltung
Drucksache 11/7904 (Neudruck)

zweite Lesung

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile Herrn Kollegen Jentsch für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben die Änderung der Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermesser wieder eingehend beraten. Dabei haben wir in den Fachgesprächen festgestellt, daß die Landesregierung bereits im Vorfeld eine Reihe von Anregungen aufgegriffen hat. Weitere Wünsche mußten wir ablehnen, da sie so rechtlich nicht möglich waren.

Wir stimmen daher dem Gesetzentwurf mit einer Änderung zu. So wollen wir, daß die Berufsvertretungen - und hier bitte ich Sie, im vorliegenden Beschlußvorschlag das Wort "Berufsvertretung" in "Berufsvertretungen" zu ändern - bei künftigen Regelungen vorab beteiligt werden.

(B)

Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU - Abgeordneter Henning [SPD]: Das war ein staatstragender Beitrag, hervorragend!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Stallmann für die Fraktion der CDU!

Abgeordneter Stallmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Beschlußempfehlung, wie von Herrn Jentsch richtig ausgeführt, eigentlich nur vier Buchstaben zuzufügen: in § 12a Anhörung der Berufsvertretungen anstatt -vertretung, und das zweimal. Damit wäre dieser Gesetzentwurf nach langer Beratung zu verabschieden.

Mit dieser Änderung stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kuhl für die Fraktion der F.D.P.!

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es etwas länger machen als die Kollegen, aber nicht zu lang;

(Oh-Rufe bei der SPD!)

denn ich will noch einmal daran erinnern, daß alle Redner bei der Einbringung am 1. September hier erklärt hatten, daß die sach- und fachkundigen Verbände ja mit in diese Diskussion einbezogen werden sollten, nicht in Form einer Anhörung, aber daß sie zumindest schriftlich angehört werden sollten. Das ist in der Tat auch geschehen. Es hat, wie Sie wissen und wie ich weiß, auch eine ganze Reihe von Gesprächen mit den Verbänden gegeben, mit dem Verband der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, aber auch mit anderen.

Ich bedauere es im Grunde genommen, daß man zwar immer wieder gesagt hat, wir wollen die Fach- und Sachkunde der Menschen draußen vor Ort mit in diesen Gesetzentwurf einbeziehen, letztendlich haben Sie aber überhaupt keinerlei Vorschläge aus diesen Berufsgruppen angenommen. Das ist entscheidend, und das muß man auch an dieser Stelle einmal deutlich sagen. Insofern war alles das, was man vorher gesagt hat, weitestgehend eine Farce.

(D)

Die F.D.P.-Fraktion hat Ihnen eine ganze Reihe von Änderungsanträgen vorgelegt. Einen einzigen von diesen Änderungsanträgen haben Sie dann angenommen; der fließt heute in diesen Gesetzentwurf ein. Allerdings haben Sie auch einen wichtigen Bereich herausgeschmissen, nämlich daß diese Berufsverbände künftig auch an der Katastergesetzgebung beteiligt sein sollten. Das wollten wir ja im Ursprung ebenfalls darin haben; das haben Sie herausgenommen.

(Kuhl [F.D.P.]

(A) Das "en" zweimal anzufügen, dem kann man natürlich zustimmen, das ist nicht das Problem. Aber das andere halte ich für viel wesentlicher.

Ich will Ihnen deshalb noch einen weiteren Punkt nennen, nämlich den Absatz 4 in § 6, den wir auch hier hineingeschrieben haben wollten, wo es denn heißen sollte:

Unter der Voraussetzung des Absatzes 3 dürfen sich Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure zu einer Partnerschaft zusammenschließen.

Meine Damen und Herren, Herr Innenminister, dadurch, daß Sie diesen Passus abgelehnt haben, ist die Entscheidungskompetenz nach wie vor - aber das wollten wir ja nicht ändern - ausschließlich bei den Bezirksregierungen geblieben. Aber es wird - darauf müssen Sie sich heute schon vorbereiten - auch zu Klagen kommen von dem einen oder anderen oder den Büros draußen im Lande, weil die nämlich glauben, sie könnten es so, wie es drinsteht; in Wirklichkeit dürfen sie es nach wie vor nicht.

(B) Auf einen letzten Bereich will ich hinweisen. Wir diskutieren im Moment in diesem Hause die Landesbauordnung. Dort haben die Prognos-Leute in ein Gutachten hineingeschrieben, daß demnächst auch Sachverständige zur Abnahme von Schnurgerüsten installiert werden müssen. Dann werden wir nämlich schon wieder dieses Gesetz, das wir heute beschließen, ändern müssen, weil wir dann auch die Kompetenz der sachverständigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure mit hineinnehmen müssen. Insofern hätte man auch diese Dinge früher bedenken sollen. Kollege Stallmann hat, glaube ich, schon bei der Einbringung dieses Gesetzes darauf hingewiesen, man hätte bereits 1992 verschiedene Änderungen hier hineinbringen müssen, dann hätte man es jetzt nicht extra tun müssen.

Auch das ist damals nicht geschehen. Ich bedaure das außerordentlich und weise heute schon darauf hin: Sie haben wieder einmal nur den halben Weg beschritten. Das ist zu bedauern, aber Sie wollen es nicht ändern. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf heute nicht zustimmen.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das tut uns aber leid!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Appel, bitte schön.

(C)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das öffentlich bestellte Vermessungswesen ist wichtig. Dort wird viel vermessen. Deshalb haben wir auch zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode das Vergnügen, uns eindringlich mit dem Berufsstand der Vermessungsingenieure zu beschäftigen. Aus dem Ergebnis beziehungsweise dem Nachsatz dessen, was der Kollege Kuhl gerade gesagt hat, entnehme ich beziehungsweise steigt in mir die Befürchtung hoch, daß wir uns möglicherweise in dieser Legislaturperiode ein drittes Mal - vielleicht in Form eines Antrages oder Gesetzentwurfes der F.D.P. oder ähnlichem - mit diesem Thema beschäftigen werden.

Ich muß sagen, daß ich selten in einem Parlament erlebt habe, daß sich eine Berufsgruppe auf einen solchen, durchaus beachtenswerten Lobbyismus versteht. Ich hoffe nur, daß sie bei so viel Lobbyismus auch noch zum Vermessen kommen.

Es wäre sicher vermessen, würde ich mich bei dem, was von den Vorrednern zur Sache gesagt worden ist, auch noch zur Sache einlassen. Das würde die Kosten dieser Veranstaltung weiter in die Höhe treiben. Deswegen möchte ich mich darauf beschränken anzukündigen, daß wir mit dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung vollauf zufrieden sind und ihm deswegen unsere Zustimmung androhen. - Vielen Dank.

(D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Innenminister Dr. Schnoor!

(Minister Dr. Schnoor verzichtet.)

- Verzichtet.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung: Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 11/7904 (Neudruck) vorgesehen, den Gesetzentwurf mit einer Änderung anzunehmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegen-

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) probe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion verabschiedet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Drittes Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7204

Beschlußempfehlung
des Ausschusses für Innere Verwaltung
Drucksache 11/7781

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Kollegen Jentsch für die Fraktion der SPD.

(B) Abgeordneter Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch diesen Gesetzentwurf haben wir eingehend beraten. Zum einen brauchen wir die Öffnung im Gesetz, um künftig Beamtinnen und Beamte der Schutzpolizei direkt in den gehobenen Dienst zu übernehmen. Zum anderen hat sich herausgestellt, daß die 1984 geschaffene Möglichkeit, Honorarprofessoren auch an die Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes zu berufen, bisher in der 10jährigen Laufzeit nur einmal genutzt worden ist. Auch die Fachhochschule für Finanzen sowie die Fachhochschule für Rechtspflege haben von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht und sehen keinen Bedarf.

Dieses hat sich auch in der Beratung bestätigt. Außer drei Zuschriften, von denen in einer ein Gespräch mit den Innenpolitikern angekündigt wurde, das meines Wissens aber nie stattgefunden hat, hat es kein weiteres, ernsthaftes Interesse an der Fortführung dieser Regelung gegeben.

Die Anregung der zuständigen Frauenbeauftragten zur geschlechtsneutralen Formulierung konnte aus Zeitgründen nicht aufgenommen werden. Dies,

(C) meine Damen und Herren, wird bei einer der nächsten Änderungen aufgegriffen. Wir stimmen der Beschlußempfehlung zu. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Paus!

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Jentsch, wir sollen heute mit der Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung den Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung das Recht nehmen, Honorarprofessoren zu ernennen. Es wird behauptet - das haben Sie hier wiederholt, und es steht im Gesetzentwurf -, daß es für diese Regelung keinen Bedarf gegeben habe. Diese Behauptung ist gelinde gesagt eine Unverfrorenheit.

Tatsächlich handelt es sich um eine lex Reinhard, die wir hier heute beschließen sollen.

(Abgeordnete Woldering [CDU]: Was, das gibt es doch wohl nicht! - Widerspruch des Ministers Dr. Schnoor)

(D) - Herr Innenminister, das ist ein Stück roter Filz, über den wir hier diskutieren. Worum geht es? Sie sollten einmal zuhören. Vielleicht wird es Ihnen dann deutlich:

Das Gesetz ist im Mai 1984 geschaffen worden. Da haben Sie einen Bedarf gesehen; sonst hätten Sie es doch gar nicht beschlossen. Die Begründung: Es sei erforderlich, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und die anderen Fachhochschulen gleichzubehandeln.

In der Tat gab es sehr schnell einen Bedarf für die Ernennung von Honorarprofessoren. Es traf unseren Kollegen Egbert Reinhard. Er wurde vorgeschlagen von seinem Parteifreund, dem Chef der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Herrn Dr. von Richthofen, besser bekannt als der Rote Baron.

Der schlägt ihn vor, und es schließt sich eine peinliche öffentliche Diskussion an. In dieser öffentlichen Diskussion ging es um eine ganze Reihe von Fragen.